

Fortsetzung von Seite 21

burg tätig, das mit „Staatsanleihen“ des „Deutschen Reiches“ Geschäfte machte. In Vorträgen führte er aus, dass es sich bei der Bundesrepublik Deutschland um ein illegales Gebilde handele, weswegen man auch keine Steuern zahlen müsse. Thomas T. ist ein Reichsbürger. Und in Halle nicht zu finden.

An seiner letzten Adresse wohnt er nicht mehr, aus dem Melderegister ist er ausgetragen. Als wir Geschäftsadressen aufsuchen, erinnern sich Nachbarn, die seit Jahrzehnten dort leben, nicht an ihn. Wir fragen bei der Kreisgeschäftsstelle der AfD in Halle nach. Man kennt ihn, aber hat ihn lange nicht gesehen, Monate mindestens, er sei ja auch viel unterwegs, in Russland etwa.

Wir finden Thomas T. in einem Buch. Der Autor Tobias Ginsburg hat monatelang undercover in der Reichsbürger-Szene recherchiert und dabei Thomas T. 2017 mehrmals getroffen. Ginsburg hat die Gespräche teilweise aufgezeichnet. Wir konnten sie anhören.

Ginsburg beschreibt Thomas T. als einen Mann, der konservativ erscheint, schnell aber prahlt, früher bei den „Republikanern“ und der NPD gewesen zu sein, der die Wehrsportgruppe Hoffmann gut findet, und wie er die weiße Rasse retten will. Von seinem Sohn, der damals als Terrorverdächtiger in Untersuchungshaft sitzt, erzählt er nicht. Dafür über seine politische Ideologie: „Du kannst die Welt nur noch mit einer ganz radikalen Maßnahme retten. Wenn du Milliarden biologisch und den ganzen Nahen Osten atomar vernichtest.“

Was ist er für ein Typ? Ginsburg überlegt. „Er hatte die joviale Aggression des ehemaligen Zuhälters, der dir jederzeit in die Presse hauen könnte“, sagt er. „Nicht unsympathisch.“ Thomas T. sei wichtig, um zu verstehen, was es mit der Reichsbürger-Szene auf sich habe. Es gehe bei ihm um die „pragmatische Umsetzung von rechtsextremistischer Ideologie“.

Wie nah sind sich der Vater und seine Kinder? Die politische Gesinnung muss nicht abfragen. Personen aus dem familiären Umfeld sagen, der Vater habe keinen großen Anteil an der Erziehung seiner Kinder gehabt, gleichwohl ein Kontakt bis heute besteht.

Wir wollen mit dem Vater darüber sprechen, rufen ihn an. Er sagt: Oh je. Er klingt noch immer sehr heftig. Er sagt, er wisse schon, welche Fragen man stellen sollte, das sei immer gleich. Und wir wüssten ja eh schon, was wir schreiben.

Er sagt, wir dürfen nicht schreiben, dass er NPD-Mitglied gewesen sei. Dann würde er uns verklagen bis zum jüngsten Gericht.

„Ich war in keiner Reichsregierung“, sagt er. Er habe sich damals wissenschaftlich mit dem Deutschen Reich beschäftigt und Vorträge darüber gehalten. „Ich engagiere mich nicht mehr politisch, das Thema ist völlig durch.“

Das Telefonat dauert etwa eine halbe Stunde. Es geht um Franco A. („der Bundeswehroffizier wird diskreditiert“), seinen Sohn („ein falscher Verdacht“) und die Frage, ob es uns in Deutschland gutgeht („nein“). Das Telefonat ist kein Gespräch, sondern der Versuch, zwischen Beschimpfungen und Unterstellungen ein paar inhaltliche Sätze zu wechseln.

Es gibt Verbindungen, die es einem scheinbar leicht machen, ein Urteil zu fällen. Der Vater ein Reichsbürger, der Sohn rechtsextremen Terrors verdächtig. Sie sind aktiv im gleichen AfD-Landesverband, kennen die gleichen Funktionen. Es gibt ja tatsächlich regelrechte Nazidynastien, erst Recht dort, wo Maximilian T. und sein Vater sich bewegen.

Und doch gilt: Niemand kann etwas für seine Familie. Vielleicht sollte man auch nicht verlangen, dass sich jemand von seinen Eltern, Geschwistern oder Freunden distanzieren. Aber wenn sich jemand selbst politisch engagiert, sieht es dann nicht etwas anders aus? Und muss man nicht erst recht von einem Bundeswehrosoldaten, der im Bundestag arbeiten will, erwarten, dass er durch sein Handeln zeigt, dass er für die freiheitliche Demokratie einsteht? Maximilian T. tut dafür nicht viel.

Vielleicht sind es auch immer wiederkehrende Zufälle, die Maximilian T. bedrängen. Oder wie ist es zu erklären, dass seine Schwester, die Tochter eines Reichsbürgers, ausgerechnet mit Franco A. zusammenlebt?

Die Schwester

Am 14. Februar 2017 geht Sophia T. in eine Berliner Kreisgeschäftsstelle der Linkspartei. Nur elf Tage zuvor ist ihr Freund in Wien festgenommen worden. Franco A. muss zu diesem Zeitpunkt gehat haben, dass seine Identität als syrischer Flüchtling auffliegt. Er hat bereits begonnen, Munition und Übungsgranaten zu verstecken, die aus Bundeswehrbeständen stammen. Seine Freundin aber füllt ein Formular aus, es ist ein Mitgliedsantrag. Sie wird nun Parteimitglied.

In der Partei fragt man sich heute: War das nur Show? Versuchte sie, die Freundin eines mutmaßlichen Rechtsterroristen, eine alternative Erzählung zu etablieren?

Menschen, die sie aus dieser Zeit kennen, beschreiben sie als politisch links, sie sei an Bildungsthemen in-

teressiert, an sozialer Gerechtigkeit. Sie lebt in Berlin, studiert und beginnt sich in der Partei zu engagieren, ihr Foto taucht online auf und in einer Wahlkampfbroschüre. Sie kommt zu Parteitreffen, mehrmals begleitet von Franco A., erstmalig Anfang 2017, zuletzt im Frühjahr 2018, heißt es in Parteikreisen. Zwischenrind sitzt er in Untersuchungshaft.

Ein Ruderfreund von Franco A. aus Jugendzeiten sagt vor Gericht aus, Franco A. hätte nicht nur Munition bei ihm untergestellt, sondern ihm auch mal ein Buch übergeben, Hitlers „Mein Kampf“ – offenbar, so sagt er, weil seine Freundin nun bei ihm wohnt.

Dass die Ermittler auch ihre WG durchsuchen, wird sie gehat haben, am Morgen war das BKA schon bei ihrer Familie und erst später bei ihr. Bis heute haben sie wieder die Ermittler noch Nachrichtendienste befragt. Gegen Sophia T. selbst liegt nichts vor.

Heute führt Sophia mit ihrer Schwester und ihrem Bruder Maximilian eine Firma. Zusammen mit Franco A. lebt sie in Offenbach. Sie haben eine Familie gegründet.

Tag der offenen Tür

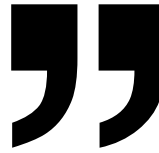
An einem Sonntag im September dieses Jahres empfangen Spitzenpolitiker, Clowns und Musiker zum Tag der offenen Tür im Bundestag. Rund 23.000 Bürgerinnen und Bürger kommen. Darunter ein Mann mit weißem Käppi und Bart, die dunklen Haare so lang wachsen, dass sie sich zum Zopf binden lassen. Keiner erkennt ihn. Nicht die Mitarbeiter der Grünen, an deren Stand er vorbeischaute. Nicht die Bundestagspolizei, bis sie jemand aufmerksam macht: Das ist Franco A.

Es soll Maximilian T. gewesen sein, der ihn gemeldet hat. Das jedenfalls postet sein Chef Jan Nolte später auf Facebook und Maximilian T. in einem Kommentar darunter. Wenn das zuträfe, hätte sich Maximilian T. erstmals von seinem Kameraden distanziert.

Die Bundestagsverwaltung beantwortet uns die Frage nicht, ob sich die Situation so zugetragen hat. Erst später erfahren wir: Die Sicherheitsbeauftragten der Fraktionen würden über den Vorfall informiert und sogar verschiedene Ministerien. In den Fraktionen hören wir vor allem Fragen: Halten die das für einen Witz? Wollen die unsere Empörung, damit man über sie spricht? Müssen wir Angst haben?

Die Bedrohten

Sechs Tage nach dem Attentat in Halle sitzt Anetta Kahane in einem Lokal in Berlin-Mitte, die Öffentlichkeit disku-



Die Bundeswehr hätte verhindern können, dass Maximilian T. Zugang zum Bundestag bekommt. Warum hat sie es nicht getan?

tiert nun über Vorratsdatenspeicherung den stark verbreiteten Antisemitismus unter jungen Männern. „Halle“, sagt Kahane, „hat gezeigt, wie gefährlich es für uns ist“.

Anetta Kahane ist Chefin der Amden-Antonio-Stiftung, die sich gegen Rechtsextremismus engagiert und sie ist Jüdin. Ermittler fanden ihren Namen in Franco A.s Aufzeichnungen, in seinem Handy Fotos aus der Tiefgarage des Büros. Er hatte sie offenbar ausgespäht. Die Ermittler haben Kahane mehrfach als Zeugin befragt und ihr erklärt, dass keine Gefahr für sie bestehe.

Die Ermittler haben haben ihr nicht die Namen von Personen aus Franco A.s Umfeld gegeben. Sie kennt Maximilian T. nicht, Sophia T. nicht. Hört nur aus Medienberichten davon, dass Franco A. nun vermehrt öffentlich auftaucht so wie im Bundestag, in einer Gerichtsverhandlung, bei verschiedenen eher linken politischen Gruppen in Berlin.

Wir beschreiben ihn: Weißes Käppi. Dunkle Haare. Drei Tage nach dem Attentat bemerkten die Mitarbeiter der Stiftung einen seltsamen Mann im Gebäude. Weißes Käppi, dunkle Haare.

„Ist er das?“, fragt sie und zeigt ein Foto. Er ist es nicht, das ist leicht zu erkennen. Nur nicht für Anetta Kahane, keiner der Ermittler hat ihr ein Foto gegeben.

Die Bundeswehr

Wir bitten die Experten für Rechtsextremismus des MAD um ein Hintergrundgespräch über Franco A. und Maximilian T., doch die lehnen ab: Sie hätten zurzeit zu viel zu tun in diesem Themenfeld.

Wir hätten ihnen gern eine Frage gestellt: Die Bundeswehr, Maximilian T.s Dienstherrin, hätte eine Nebentätigkeit nicht genehmigen müssen. Das ist ein Akt, der bürokratisch klingt. Damit hätte die Bundeswehr aber verhindern können, dass ein Mann, der den Ermittlungsbehörden Kopfzerbrechen bereitet, Zugang zum Bundestag bekommt. Dass er interne Informationen darüber, wie es um Deutschlands Verteidigung steht, in Protokollen und Vermerken nachlesen kann. Dass er, dem zugetraut wird, zu fantasieren, welche Politiker er umbringen würde, sich frei im Parlament bewegen kann.

Warum hat die Bundeswehr das nicht verhindert? Warum nicht der MAD?

Zu „Einzelpersonalangelegenheiten“ äußere man sich nicht, teilt ein Sprecher des Verteidigungsministeriums mit. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat sich bereits Anfang des Jahres festgelegt: Maximilian T. ist ein Rechtsextremist, bei ihm liegen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vor. Der Militärische Abschirmdienst will sich auf Anfrage nicht so deutlich positionieren: Es sei in dem Fall zu Einstufungen der Kategorien „Extremist“ und „Person mit Erkenntnissen über fehlende Verfassungstreue“ gekommen.

Im Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestags gibt es mittlerweile einen Zwischenstand zu möglichen Versäumnissen der Geheimdienste. Der interne Bericht soll verheerend ausgefallen sein, schreibt der Spiegel: Verdagelichte hätten sich herausreden können; andere seien aus Kameradschaft geschont worden. Mehrere Soldaten wurden aus der Bundeswehr wegen extremistischer Einstellungen entlassen – und keines der Verfassungsschutzämter informiert, die hätten übernehmen können.

Der Militärische Abschirmdienst hat vor Kurzem große strukturelle Umbauten angekündigt. Fortan sollen beispielsweise mehr Zivilisten in der Leitung der Behörde tätig sein.

Maximilian T. arbeitet bis heute bei der Bundeswehr. Er ist inzwischen heimatnah stationiert, auf dem Truppenübungsplatz Altmark im Norden Sachsen-Anhalts. Im dortigen „Gefechtsübungszentrum Heer“ üben Soldaten die Methoden moderner Kriegsführung.

Christina Schmidt, 33, ist taz-Reporterin und Sebastian Erb, 35, Redakteur der taz am Wochenende. Bei der Recherche in Österreich wurden sie von Fabian Schmid und Laurin Lorenz vom Standard unterstützt. Herzlichen Dank dafür!



400

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwa arbeitet Mitte 2018 für die AfD-Fraktion im Bundestag. In den Biografien von 258 MitarbeiterInnen und 9 Abgeordneten fanden sich insgesamt 125 Verbindungen zu Gruppen der extremen oder Neuen Rechten
Quelle: Recherche „Netzwerk AfD“ der taz Ende 2018

taz **abo**

Abopremie: Die **Little Sun Diamond** des Künstlers Olafur Eliasson ist Teil eines globalen Projekts für sauberes Licht. Die kleine, federleichte Stehlampe mit Solarmodul (für fünf Stunden helles und danach mehrere Stunden gedämpftes Licht) ist vielfach einsetzbar, ganz ohne Steckdose oder Batterien. Der Ständer ist abnehmbar, und mit dem Trageband können Sie sich die Lampe auch einfach um den Hals hängen.



Die taz fürs Wochenende

Zeitung lesen, wenn Sie Zeit haben

Immer schon war die taz mehr als eine Zeitung: radikal unabhängiger und zuverlässig überraschender Journalismus, organisiert als Genossenschaft, getragen von ihren Leserinnen und Lesern.

Ein Abonnement der taz am Wochenende kostet nur 16,90 Euro/Monat. Eine Prämie bekommen Sie für ein unbefristetes Abo mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr. Auslandsabo zzgl. Porto: 1,80 Euro / Ausgabe.
(030) 2590 2590 | abomail@taz.de

Abonnieren Sie die taz am Wochenende!
taz.de/we

taz-Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin